



Innsbruck, am 21. Juli 2010

Sehr geehrter Herr Landesrat Switak!

Für Ihre Antwort auf die Petition unseres Vereines bedanke ich mich. Leider haben andere Regierungsmitglieder, deren Aufgabenbereich ebenfalls von uns angesprochen wurde, eine Antwort für unnötig empfunden.

In der Sache selbst verkennen wir keinesfalls Ihre Bemühungen, für eine nachhaltige Entwicklung des Landes sorgen zu wollen. Nur nützen auch die besten Konzepte und Programme nichts, wenn vor allem markante Einzelfälle entgegen diesen Vorgaben entschieden werden. Eine Reihe von Beispielen, die in der breiten Bevölkerung diskutiert werden, zeigt die Richtigkeit unserer sicherlich pointierten Problemdarstellung.

Ein paar wenige Beispiele seien hier angeführt:

- Lift- und Pistenbau im Bereich Bergeralm (z.B. „Manni Pranger-Piste“ in labilem Gebiet)
- Flächenwidmung in Kals für weitere 600 Gästebetten (z.B. Hoteldorf);
- Bewilligung Kraftwerk Spullersee
- Genehmigung der Hubschrauberausbildung im Gebiet des Nationalparks Hohe Tauern
- Erschließungsweg Laskitzenalm in Hopfgarten i.D. in höchst sensiblem Gebiet
- künstliche Beschneigung für „Sommerschneewelt“ Möseralm mit gewaltigem Energieverbrauch
- zahlreiche Speicherteiche insbesondere Tiefenbach mit 450.000m<sup>3</sup> Fassungsvermögen, die mit der nötigen Folienauskleidung vor allem in der langen Befüllungszeit den Bergtourismus beeinträchtigen
- Golfplatzweiterungen Mieming und vor allem Ehrwald im Moorgebiet
- auch die bevorstehenden Entscheidungen: Erschließung Piz Val Gronda und Zusammenschluss Schlick-Axamer Lizum über das Ruhegebiet Kalkögel (offensichtlicher Verstoß gegen das Naturschutzprotokoll der Alpenkonvention), wobei in beiden Fällen die „politische Zusage“ behauptet wird.

Niemand, ja nicht einmal die größten Naturliebhaber in unserem Verein, wollen – wie in Ihrem Antwortschreiben behauptet – die Entwicklung touristischer Projekte „auf Null stellen“. Es steht jedoch eine Reihe von Vorhaben und Projekten im Raum, deren massiver Naturverbrauch irreversibel ist und dies meist bei zweifelhaftem wirtschaftlichem Erfolg.

Die aufgrund unserer Rechtsordnung für solche Projekte durchzuführenden Verfahren erfordern überwiegend die Prüfung und Abwägung der öffentlichen Interessen, wobei doch selbstverständlich auch die Prüfung des öffentlichen Bedarfs an der Realisierung eines solchen Projektes integriert sein müsste.

Dass der besonders sorgfältige Umgang mit dem rapid knapper werdenden Gut „Natur“ nicht gerade zur obersten Maxime der politischen Führung unseres Landes zählt, ist ja nicht nur zahlreichen Mitgliedern unseres für Schutz und Pflege der Heimat eintretenden Vereines aufgefallen.

So hoffen wir, dass unsere einstimmig verabschiedete Resolution im Interesse unserer Nachkommen doch ein wenig nachhaltige Wirkung herbeiführen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hans Gschnitzer

Obmann